nach und nach kommen wir dahin, daß die ältesten Wahrheiten von uns immer wieder wiederholt werden, das ist eine Nachwirkung des Sozialistengesetzes. Unser junger Nachwuchs hat nicht Gelegenheit gehabt, das Alles mitzumachen, was wir mit gemacht haben. Ich halte die Resolution Legien nicht für nothwendig. Wir wollen die Organisationsfrage hier nicht hineintragen und nicht eine Wunde, die verharschen will, aufs neue aufreißen. Der erste Theil der Legien'schen Resolution ist bereits Grundsatz bei uns, vor dem zweiten Theil möchte ich Sie dringend warnen. Im übrigen bitte ich Sie, unsere Resolution anzunehmen. (Beifall.)

Labjuhn konstatirt zur Geschäftsordnung, daß er durch Schluß der Diskussion verhindert worden sei, Ungenauigkeiten, welche dem Genossen Auer über den letzten Buchdruckerstreik unterlaufen seien, richtig zu stellen.

Persönlich bemerkt Legien, daß er bis zur Stunde gegen Keßler noch keine Zeile geschrieben, nicht einmal seinen Namen genannt habe.

Mittag-Halle wünscht, da ihm durch den Schluß der Debatte das Wort abgeschnitten ist, daß im Protokoll die Namen derjenigen Redner vermerkt werden, welche sich noch zum Worte gemeldet haben. Der Antrag wird abgelehnt, nachdem der Vorsitzende konstatirt hatte, daß von den 43 eingezeichneten Rednern nur 10 das Wort erhalten haben.

In der Abstimmung wird die Resolution Auer unter Ablehnung sämmtlicher entgegenstehender Anträge, auch des Antrages Legien und der Resolution Wilke, in ihren einzelnen Theilen und schließlich im Ganzen mit sehr großer Mehrheit angenommen.

Schluß 11½ Uhr.

Fünfter Verhandlungstag.

Sonnabend, den 19. November.

9¼ Uhr. Den Vorsitz führt Gottlieb.

Es liegt wiederum eine Reihe von Begrüßungsschreiben und -Telegrammen vor.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Bebel: In Anbetracht der weit fortgeschrittenen Zeit und der vielen noch nicht erledigten Anträge beantrage ich die beiden nun folgenden Punkte der Tagesordnung: „Die wirthschaftliche Krise und ihre Folge" und „Antisemitismus und Sozialdemokratie" von der Tagesordnung abzusetzen. (Zustimmung.) Aus den gedruckten Resolutionen können Sie und die Oeffentlichkeit die Stellung der Referenten in diesen Fragen kennen lernen.

B

Der Parteitag nimmt den Vorschlag Bebel's mit großer Mehrheit an.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Berathung derjenigen Anträge aus den Reihen der Parteigenossen, welche bei den voranfgehenden Punkten der Tagesordnung nicht ihre Erledigung gefunden haben.

I. Anträge zum Programm.

Der unter Vorlagen an den Parteitag Seite 13 aufgeführte Antrag der Genossen in Hamburg, III. Wahlkreis findet in seinen beiden Theilen nicht die genügende Unterstützung. Dagegen gelangt zur Verhandlung der ebendort aufgeführte Antrag der Genossen des Kreises Naumburg-Zeitz-Weißenfels:

„**II. Theil, Ziffer 6**, den Punkt „Religion ist Privatsache" zu streichen und dafür zu setzen: „Die Religionen und deren Lehrer sind überall dort zu bekämpfen, wo dieselben dem Fortschritt der Wissenschaft entgegentreten, oder die nach Erlösung aus wirthschaftlicher und politischer Knechtschaft ringende Menschheit an der Erreichung dieses Zieles zu hindern suchen."

Hoffmann-Zeitz: Es ist dringend nothwendig, daß wir in diesem Punkt eine Aenderung eintreten lassen. „Religion ist Privatsache" wird sowohl von einem Theil unserer Agitatoren, als besonders von unseren Gegnern so aufgefaßt, als dürfte man über die Religion und ihre Lehrer überhaupt nicht sprechen, dieselben nicht angreifen, ihnen nicht entgegentreten. Nun werden aber diejenigen, welche in der Agitation stehen, am besten fühlen, daß es gerade dort, wo das strenge Dogma noch vorhanden ist, unmöglich, ja undenkbar ist, mit unseren Ideen durchzudringen Solange man glaubt, daß ohne Gottes Wille kein Spatz vom Dache fällt, hat man nicht Ursache, an der wirthschaftlichen Verbesserung seiner Lage mitzuarbeiten. Wenn man sagt, daß Religion Jedes Herzensangelegenheit ist, so kann uns das recht sein, so lange es eben Herzensangelegenheit bleibt. Sobald aber die Lehrer und Vertreter der Religion diese dazu benutzen, um die Leute in Bedrückung und Abhängigkeit zu erhalten, den Fortschritt zu verhindern und der wirthschaftlichen Aufklärung entgegenzutreten, haben wir die strenge Pflicht, dagegen Protest zu erheben. Das muß ganz klar und deutlich in unserem Programm ausgedrückt werden. Ich glaube wohl von allen Agitatoren am meisten auf dem Lande zu thun zu haben, und ich habe wohl gesehen, daß man gegen die Religion ankämpfen kann, wenn man es nicht mit bloßen Redensarten und Schimpfereien thut, sondern mit Gründen. Gerade dieser Punkt unseres Programms wird von unseren Gegnern dazu benutzt, um

B

uns überall anzufeinden, weil wir mit unseren Ansichten nicht offen hervorzutreten wagten.

Vollmar und Genossen beantragen: in Erwägung, daß erst im vorigen Jahre nach vorausgegangener eingehender Debatte in Presse und Versammlungen das neue Parteiprogramm festgestellt worden ist, über sämmtliche Anträge zum Parteiprogramm zur Tagesordnung überzugehen.

Der Antrag Vollmar wird mit großer Majorität angenommen; damit erledigen sich auch alle übrigen, in der Vorlage aufgeführten Programm-Anträge.

Anträge zur **Presse.**

Der unter Vorlagen an den Parteitag S. 15 aufgeführte Antrag der Parteigenossen in Stuttgart wird nach kurzer Begründung durch Geiger ohne Debatte abgelehnt.

Genossen in Bielefeld beantragen: Den „Vorwärts" zu veranlassen, sich einer präziseren Berichterstattung zu befleißigen.

Slomke-Bielefeld begründet den Antrag mit dem Hinweis auf die Prügelszenen in den jüngsten Berliner Versammlungen, über die der „Vorwärts" verspätet und höchst mangelhaft berichtet habe, wodurch die Genossen im Lande gegenüber den sensationellen Berichten der gegnerischen Presse geradezu wehrlos gemacht worden seien. Dasselbe sei der Fall gewesen in Bezug auf die Artikel des „Sozialist", Liebknecht beziehe ein Gehalt von 10—12 000 Mark. Hätte der „Vorwärts" gesagt, nein, Liebknecht bekommt 7200 Mk., dann wäre in der That die Diskussion und manches Mißtrauen gar nicht entstanden. (Bebel: Sehr richtig!)

Singer findet den Wunsch der Bielefelder Genossen begreiflich, fürchtet aber, daß dieser Antrag, wenn er angenommen wird, an den bestehenden Verhältnissen nicht viel ändern kann (Widerspruch), weil die von den Genossen beklagte unpräzise Berichterstattung nicht am bösen Willen der Redaktion des „Vorwärts" liegt, sondern an den Verhältnissen. Wenn das Zentralorgan dazu da sein soll, auf jedes Geschwätz der Gegner, oder auf irgend einen Gefühlsausbruch irgend eines Parteigenossen im Lande antworten zu müssen, so ist dies eine Aufgabe, die dem Zentralorgan nicht zukommt. Was die Gehaltsfrage betrifft, so hätte eine einfache Anfrage beim Parteivorstand jedem Genossen die gewünschte Auskunft gebracht.

Schulze-Bernburg: Es giebt ganz ehrenhafte Genossen in der Provinz, die neben dem „Vorwärts" den „Sozialist" lesen. Diese lesen nun diese Anschuldigungen Seitens des „Sozialist", im „Vorwärts" wird darüber kein Wort geschrieben, und so kommt es, daß die Genossen in der Provinz sagen: es muß doch etwas an den Anschuldigungen der „Unabhängigen" dran sein. Singer verweist

B

auf die Parteileitung. Ja, was würde der Parteivorstand für eine Aufgabe bekommen, wenn er privatim auf jeden Brief antworten wollte!

Liebknecht verweist bezüglich der Redaktion des „Vorwärts" und der Gehaltsfrage auf seine in den letzten Sitzungen gemachten Ausführungen. Hinsichtlich der Polemik gegen den „Sozialist" erklärt er: Jeder Anklage, die von einer Seite kommt, der ich Beachtung schenke, der antworte ich. Ich glaube keinem Manne eine Antwort schuldig geblieben zu sein, den ich, wenn auch nicht für einen anständigen, so doch in geistiger Beziehung beachtenswerthen Gegner halte. Ich habe die Literatur der sogenannten „Unabhängigen" genau studirt und ich habe gefunden, daß es sich hier nicht gehandelt hat um eine verschiedene Parteibestrebung. Diese Leute, die wir hinausgeworfen haben wegen ihres unanständigen Benehmens, haben ein Jahr Zeit gehabt, sich zu rehabilitiren, ihre Grundsätze zu entwickeln, etwas Besseres an die Stelle dessen, was sie verurtheilen, zu setzen. Sie haben gar nichts geleistet, sie haben geschimpft, geschimpft und geschimpft. Ein Deutscher im Auslande sagte mir einmal: stellen Sie sich doch so mit den Leuten, daß Sie sie getrennt marschiren lassen gegen denselben Feind; sie brauchen ja nicht in der Organisation zu stehen. Haben die „Unabhängigen" den gemeinsamen Feind bekämpft? Nein, sie sind uns in den Rücken gefallen! Was hat der „Sozialist" gethan, hat er die Bourgeoisie bekämpft? Nein, er hat für die Bourgeoisie, für den gemeinsamen Feind des Proletariats gearbeitet! Ich habe gefunden, daß alle Kräfte, welche an diesem Blatte thätig sind, in geistiger und moralischer Beziehung derartig sind, daß ich für meine Person sie nicht als Gegner anerkenne, ebenso muß ich auch den antisemitischen Blättern antworten, mit denen jene beiläufig etwas verwandt sind. Für mich existirt der „Sozialist" nicht. Ich kann Ihnen mittheilen, daß ich seit jetzt einem halben Jahre keine Nummer desselben gelesen habe und daß ich ihn nicht mehr lesen werde. Im Uebrigen haben wir den Grundsatz festgesetzt, in der Redaktion und im Vorstand, diese Augenblickserregung, welche von der gegnerischen Presse zu einer großen, uns gefährlichen Bewegung aufgebauscht wird, nicht dadurch zu stärken, daß wir uns in eine Polemik einlassen. Wir sind aber andrerseits in vielen Fällen, da wo es sich um gewisse konkrete Thatsachen handelt, auch dazu gekommen, die Sache richtig zu stellen und zurückzuweisen. Auf die Polemik trete ich nur da ein, wo es nöthig ist, aber auf Schmutzigkeiten werde ich nie und nimmer antworten, diese Leute stehen für mich unter der Polemik. (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen.)

Es wird noch der zweite Theil des Seite 17 unter Vorlagen an den Parteitag aufgeführten Antrages G. Franc, Berlin, zur Debatte gestellt.

B

Stabernack-Berlin billigt es, das der „Vorwärts“ auf die Artikel des „Sozialist“ nicht eingeht.

Rienäcker-Guben theilt die Auffassung Stabernack's. Wie die Lügen des „Sozialist“ entstehen, dafür könne er ein Beispiel anführen. Der Reporter Auerbach habe in Guben eine Versammlung abgehalten; wenige Tage darauf hatten die Berliner Bourgeoisblätter die Nachricht gebracht, in Guben habe sich ein Verein von „Unabhängigen“ gebildet. Daran sei kein Wort wahr.

Börner-Berlin tadelt, daß der „Vorwärts“ nicht blos Inserate von Tingel-Tangel-Theatern der Bourgeoisie aufnehme, sondern sogar auch, wie z. B. über den „Wintergarten“, im redaktionellen Theile Notizen gebracht habe.

Es wird beantragt, über alle Anträge betreffend die Presse zur Tagesordnung überzugehen.

Bueb-Mühlhausen befürwortet den Antrag.

Mittag-Halle widerspricht demselben; die Diskussion wird geschlossen und der Antrag Bielefeld angenommen. (Bravo!)

Der auf S. 16 unter Vorlagen an den Parteitag aufgeführte Antrag der Genossen des IV. Berliner Wahlkreises und des Kreises Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg ist zurückgezogen.

Der S. 16 aufgeführte Antrag der Genossen in Halle a. S. wird nicht genügend unterstützt.

Zur Verhandlung gelangen die unter Vorlagen an den Parteitag S. 16 aufgeführten Anträge der Genossen in Frankfurt a. M., Sozialdemokraten deutscher Zunge in Brüssel und Parteigenossen von Wiesbaden (S. 18) auf Gründung eines Parteiwochenblattes.

Genosse Dempwolf-Mannheim stellt einen Antrag, der sich im Wesentlichen mit dem der Parteigenossen in Wiesbaden deckt. Dieser Antrag wird nicht genügend unterstützt.

Hoch-Frankfurt a. M.: Wir wünschen ein Blatt, welches das allernothwendigste enthält, was die Genossen haben müssen, um unterrichtet zu sein. Der „Vorwärts“ kann dieser Aufgabe nicht genügen, weil er zu theuer und zu umfangreich ist. Der „Vorwärts“ würde bleiben, was er heute ist, das Hauptorgan der Partei, und auch die anderen Parteiblätter, deren Inhalt ja ein ganz anderer ist, würden von dem neuen Blatte nicht berührt werden. Man könnte nun auf die „Volkstribüne“ oder andere schon vorhandene Blätter hinweisen. Dieser Hinweis hätte keinen Werth, denn es kommt doch nur darauf an, daß das Blatt den bezeichneten Inhalt hat, und den hat die „Volkstribüne“ nicht. Nun muß ich fast befürchten, daß man von oben wieder sagen wird, wir können diesen Wunsch der Parteigenossen nicht erfüllen. Wenn wir aber solche Wünsche nicht vorbringen sollen, dann können wir ja zu Hause bleiben. Wir müssen hier die Wünsche vorlegen, die wir selbst

B

uns nicht erfüllen können. Unmögliches werden wir nicht verlangen können; aber das verlangen wir: Strengt Euch an, sucht die geeigneten Personen; wenn Ihr es nicht möglich machen könnt, berichtet uns darüber.

Arndt-Paris: Ich spreche hier namentlich im Namen der deutschen Genossen des Auslandes, bei denen das Bedürfniß nach Herausgabe eines wöchentlichen Zentralorgans seit dem Eingang des „Sozialdemokrat“ in ganz besonderem Maße vorhanden ist. Es ist absolut unmöglich, monatlich 3 Mk. für den „Vorwärts“ auszugeben, um uns auf dem Laufenden zu erhalten. Die Wochenblätter wie die „Volkstribüne“ genügen absolut den Ansprüchen nicht. Dagegen möchte ich mich gegen den Antrag der Genossen in Brüssel wenden, welche blos eine Wochenausgabe des „Vorwärts“ veranstaltet zu sehen wünschen. Es muß ein besonderes Blatt sein; einzelne Ausschnitte aus dem „Vorwärts“ würden nicht genügen.

Schmidt-Berlin: Die „Volkstribüne“ stellt nach dem Beschlusse der Berliner Genossen mit dem 1. Januar 1893 ihr Erscheinen ein. Die Genossen empfinden das lebhafte Bedürfniß nach einem Zentralorgan, das eine Uebersicht über die Parteiverhältnisse in Deutschland giebt, und diesem Bedürfniß wird am Besten abgeholfen, wenn der Partei-Vorstand mit der Herausgabe eines solchen Organs beauftragt wird. Der Vorstand steht, wie ich weiß, dem Antrage sehr sympathisch gegenüber, denn er hat ja in Erfurt bereits einen ähnlichen Antrag selbst gestellt. Sehr wesentlich fällt dabei noch das Bedürfniß der Parteigenossen im Auslande ins Gewicht. Diese wollen sowohl über unsere Parteiverhältnisse und die politische Bewegung als auch über die gewerkschaftliche Bewegung orientirt werden. Würden wir den Antrag ablehnen und geht andererseits die „Volkstribüne“ ein, dann könnten vielleicht die Genossen dazu übergehen, auf eine Presse zu abonniren, welche unsere Parteibewegung tendenziös entstellt, verleumdet und verunglimpft. Ich bitte Sie nur, über den Preis des Wochenblattes keinen Beschluß zu fassen. In dieser Beziehung bedarf es noch eingehender Erwägungen aller technischen Umstände, die dabei mitsprechen.

Frohme: Ich bitte Sie, die ganze Serie von Anträgen abzulehnen. Sie begehen einen verhängnißvollen Fehler, wenn Sie einen der Anträge annehmen. Wenn es darauf ankommt, besser als seither es der „Vorwärts“ gethan hat, die Parteigenossen zu informiren, so bedarf es dazu nur einer redaktionell etwas veränderten Fassung. Es macht einen eigenthümlichen Eindruck, nachdem wir hier die verschiedensten Klagen über die prekäre Lage der Lokalpresse gehört haben, nachdem wir gesehen haben, daß 65 000 Mk. an Unterstützungen dieser haben zugewendet werden müssen, jetzt gewissermaßen ein Konkurrenzunternehmen schaffen zu wollen. Auf

B

das Ausland haben wir nicht in dem Maße Rücksicht zu nehmen, wie hier gefordert wird. Ein solches neues Organ wird herzlich wenig Abonnenten im Auslande finden. Da sind die Genossen in kleineren Zirkeln, manchmal nur wenig zahlreich vorhanden; dort hält man gemeinsam das Zentralorgan, den „Vorwärts", und damit wird dem Bedürfniß der Genossen nach Information genügt.

Hug-Wilhelmshaven schließt sich den Ausführungen Frohme's an; er wundere sich, daß gerade von Frankfurt aus dieser Antrag gestellt worden ist, welches nach der Abrechnung über die Parteipresse eine namhafte Subvention erfordert hat. Unser Kriegsfonds für die Unterstützung der Parteipresse wird ja schon sehr stark in in Anspruch genommen. Wenn der Preis auf 5 Pfg. für die Nummer normirt wird, ist eine große Subvention unzweifelhaft erforderlich. Wenn andererseits die Frage des Preises offen gelassen und nachher ein entsprechender Preis gefordert wird, um die Rentabilität des Blattes zu garantiren, dann wird mit dem neuen Unternehmen Niemand zufrieden sein, weil der Preis zu hoch ist. Die Genossen im Ausland wünschen in Sprache und Haltung ein Blatt, wie der „Sozialdemokrat" gewesen ist. Das wünschen wir auch, aber ein solches Blatt ist in Deutschland nicht möglich.

Bebel: Ich freue mich, daß diesmal aus der Mitte der Partei von verschiedenen Seiten der Antrag auf Gründung eines großen politischen Wochenblattes gestellt ist. Im vorigen Jahre war der Antrag vom Partei-Vorstande auf dem Erfurter Kongreß vorgelegt; er wurde abgelehnt. Auch diesmal habe ich den Antrag selbst im Vorstande gestellt. Der Vorstand hat die Sache auch sympathisch aufgenommen, den Antrag aber nicht selbst vorgelegt, weil er inzwischen von verschiedenen Seiten gestellt worden war. Daraus wird Genosse Hoch auch deutlich ersehen, daß er im Irrthum ist, wenn er glaubt, daß der Vorstand, soweit der jetzige noch in Frage kommt, gegen den Gedanken eingenommen ist. Durchaus nicht. Ich speziell habe es stets für nöthig erachtet, daß für das Ausland ein Wochenblatt vorhanden sei und jetzt um so mehr, nachdem das Eingehen der „Berliner Volks-Tribüne" von den Berliner Genossen beschlossen worden ist. Ich bestreite, daß die Konkurrenz hier besonders in Frage kommt. Die Wochenblätter, die wir haben, wie die „Nordwacht", die „Halberstädter Sonntags-Zeitung" sind auf Leser berechnet und finden Boden, wo das Zentralblatt keinen Boden finden kann. Sie entsprechen vorwiegend einem Bedürfniß der ländlichen Bevölkerung. Ich stelle mir das Blatt nicht vor als eine besondere Ausgabe des „Vorwärts"; das würde ich für einen großen Fehler halten. Ich habe im Auge, daß es ein Blatt würde ähnlich wie der Londoner „Sozialdemokrat", früher der Leipziger „Vorwärts" und „Volksstaat". Es soll ein gut redigirtes Blatt sein, Leitartikel enthalten über die Partei-

grundsätze, und zwar einen politischen und einen ökonomischen, eine gute politische Uebersicht und ausführliche Nachrichten über die gesammte Parteibewegung des In- und Auslandes bringen, kurz ein durchaus original gehaltenes Blatt sein. Wenn es uns gelingt, die nöthigen Kräfte zu gewinnen, dann bin ich überzeugt, werden wir ein Blatt ins Leben rufen, welches im weitesten Maße den Interessen der Partei dient und auch die Beziehungen zu den Genossen im Auslande im höchsten Grade fördern wird. Hug täuscht sich, wenn er glaubt, daß die Genossen im Auslande sich durch den „Sozialist" nicht irre machen lassen. Wenn er nur einmal ein Jahr im Auslande gelebt hätte, würde er zu einer ganz anderen Ansicht kommen. Hier kommen vor Allem die österreichischen Genossen in Betracht, die zahlreichen dortigen Vereine, die auf das Blatt abonniren werden, weil sie sich orientiren wollen. Sie glauben garnicht, wie nothwendig es ist, daß sie sich orientiren können, da sie sonst ein falsches Bild von der deutschen Bewegung bekommen müssen, weil ihnen bloß die Information der gegnerischen Presse zu Gebote steht. Es kommen hierzu die deutschen Sozialdemokraten in der Schweiz, in Belgien, in Frankreich, in England und in Nordamerika, welches letztere seinerzeit sehr stark an dem Abonnentenstande des „Sozialdemokrat" betheiligt war. Frohme hat nun auf die Subventionen verwiesen. Ich weiß nicht, ob das neue Unternehmen subventionirt werden muß; aber sollte es der Fall sein, dann würde es eine Subvention am allerersten verdienen. Nehmen Sie den Frankfurter Antrag an, aber akzeptiren Sie nur den ersten Theil bis zu den Worten: „zu einem möglichst billigen Preise herausgegeben wird", damit Sie im Uebrigen den Vorstand nicht binden.

Fleischmann-Wiesbaden: Die Wiesbadener Genossen sind bei der Stellung ihres Antrags davon ausgegangen, daß ein Bedürfniß für ein Zentralorgan vorhanden ist. Deßhalb glauben wir auch, daß ein solches Zentralblatt eine große Abonnentenzahl finden wird. Wir werden auch mit diesem Blatte in Kreise hineindringen, in die wir bisher nicht eindringen konnten und deßhalb darf das Blatt nicht zu theuer sein.

Ein von Thiele hiernach gestellter Schlußantrag wird von Vollmar bekämpft und abgelehnt.

Klees-Magdeburg: Ideell stehe ich auf dem Standpunkte Bebel's, aber durch die Erwägung der realen Interessen und der materiellen Lage der großen Mehrheit der Arbeiter komme ich zur Ablehnung des Antrags. Die Zusammensetzung des „Vorwärts" in seiner jetzigen Gestalt hat gegenüber einem Wochenblatte insofern einen Vortheil, als er neben der Aufgabe, die er als Zentralorgan in Berlin, der Zentrale der politischen Welt in Deutschland, hat, auch noch über die lokale Bewegung der Arbeiterwelt in Berlin,

die immerhin einen Rückschlag auf die Bewegung in der Provinz ausübt, uns ein Bild zu geben im Stande ist.

Der Antrag Frankfurt wird von Hoch dahin abgeändert, daß der Eingang lautet:

„Der Vorstand wird beauftragt, als offizielles Parteiorgan ein neu zu begründendes Blatt wöchentlich einmal zu einem möglichst billigen Preise herauszugeben."

Vollmar: Die Gründe, die bereits gegen die Einführung eines solchen Blattes geltend gemacht worden sind, scheinen mir nicht erschüttert worden zu sein. Wer sollen denn die Leute sein, welche dieses Wochenblatt in großer Zahl halten? Einige Genossen haben auf das Ausland verwiesen. Ich habe allen Respekt vor den Sympathien der Genossen im Auslande; aber es ist doch ein eigenthümlicher Grund, weil dort in der Schweiz, in Paris u. s. w. ein derartiges Blatt gewünscht wird, die große Zahl unserer derartigen Unternehmungen durch ein neues wiederum zu bereichern. Die Genossen, welche im Auslande leben, können nicht den „Vorwärts" halten; auch die deutschen können das nicht alle. Aber wie diese es machen, indem sich mehrere gemeinsam ein Exemplar halten, ebenso ist das im Auslande möglich. Was Deutschland betrifft, so sollen die Leser doch Genossen sein. Wir haben ja doch aber außer dem „Vorwärts" auch zahlreiche Lokalblätter. Diese sind nothwendig und werden immer nothwendiger, weil die Bewegung in Bezug auf die aktuelle Politik sich immer mehr differenziren wird und wir uns immer mehr um die lokalen Verhältnisse kümmern müssen. Durch die billige Konkurrenz des Wochenblattes werden Sie aber die Lokalblätter schädigen müssen. Daran, daß außerhalb der Reihen der Genossen das Blatt stark gelesen werden wird, wie Fleischmann meinte, davon bin ich gar nicht überzeugt. Nun soll nach Bebel das Blatt ein gutes und original geschriebenes Blatt sein. Da liegt aber der Hase im Pfeffer. Liebknecht hat ja selbst gesagt, wir haben nicht die Kräfte, um den „Vorwärts" so, wie man es wünschen muß, herzustellen. Sogar bezüglich der Berichterstattung wird erklärt, es seien die Leute dazu nicht vorhanden. Wie es scheint, haben Sie doch einen geeigneten Mann. Aber wenn Sie ihn haben, dann bewahren Sie ihn getreulich und geben Sie ihn dem „Vorwärts". (Heiterkeit.) Besser ein gutes Blatt, als zwei schlechte. Der Antrag ist sehr gut gemeint, aber nach keiner Richtung praktisch wirklich ausführbar. Ich sehe in ihm nur wiederum die alte Zentralisirungstendenz, die uns schon Schaden genug zugefügt hat und die ich überall bekämpfen werde, wo ich ihr begegne. Gerade in Preßangelegenheiten ist die Vielgestaltung unseres Parteiringes dasjenige, was uns am meisten Nutzen schafft.

Theiß-Hamburg: Ich begreife, daß durch das Blatt den bestehenden Blättern eine wesentliche Konkurrenz erwachsen wird.

B

Ein Blatt, wie wir es wünschen, kann ja gar keine Lokalnachrichten und dergleichen enthalten. Wir brauchen eine kurze knappe Uebersicht über die Tagesereignisse der laufenden Woche. Ein hoher Preis würde die Möglichkeit des Haltens allerdings sehr beeinträchtigen.

Schultze-Königsberg: Ich kann Ihnen ebenfalls nur empfehlen, für den Antrag Frankfurt zu stimmen. Wir müssen immerhin auf die ausländischen Genossen ganz besondere Rücksicht nehmen. Selbst auf die Gefahr hin, daß hier und da einem deutschen Wochenblatte Konkurrenz erwachsen könnte, sollten wir im Interesse unserer deutschen Genossen im Auslande die Hand dazu bieten. Wir haben große Landestheile, wo überhaupt keine Parteipresse besteht, wo wir bisher nicht festen Fuß fassen konnten. Dahin gehören die ganzen Ostseeprovinzen. Wenn ein allgemeines offizielles Organ geschaffen wird, könnten wir auf ein besonderes Organ für Ost- und Westpreußen verzichten, und ebenso steht es mit anderen Theilen Deutschlands.

Ein Schlußantrag wird angenommen und auf Antrag Kandt-Güstrow über den Antrag Frankfurt eine namentliche Abstimmung vorgenommen. Dieselbe ergiebt die Ablehnung des Antrages mit 118 gegen 110 Stimmen. Die Mitglieder der Siebener-Kommission waren infolge ihrer Thätigkeit verhindert, an der Abstimmung theilzunehmen.

Es stimmten mit „Ja": Albrecht, Antrick, Arndt, Augustin, Auer, Baader, Bamberger, Bebel, Beims, Bennewitz, Berndt, Baerer, Betz, Böhmer, Bock, Borgmann, Borkmann, Börner, Bueb, Demmler, Dempwolf, Diederich, Drescher, Emmel, Fischer (Weimar), Fischer (Berlin), Fleischmann, Fleißner, Frantzen, Fräßdorf, Geilert, Gerber, Göthel, Gottlieb, Gradnauer, Grünberg, Grumbt, Haverkamp, Heine (Ottensen), Hellsinger, Hengsbach, Herrling, Hoch, Hofmann (Thalheim), Hofmann (Chemnitz), Jähnig, Johannes, Jochem, Jordan, Irmscher, Kaden, Kandt, Katurbe, Kayser, Keßler, Kiesel, Klein, Klüß, Krahl, Krause (Gesau), Labjuhn, Leander, Legien, Liebknecht, Lingner, Lorenz, Lotz, Lütgenau, Lutz, Mahlke, Mathes, Mittag, Molkenbuhr, Möller, Müller (Reichenbach), Niehoff, Paris, Pfund, Rauh, Reinhardt, Rohrlack, Schaur, Schmalfeldt, Schmidt (Friedberg), Schmidt (Berlin), Schmitt (Pirmasens), Schönfeld, Schultze (Königsberg), Schulz (Berlin), Schulze (Kossebaude), Schulze (Bernburg), Schulz (Wenigenjena), Seige, Silberschmidt, Singer, Slomke, Sparr, Stadthagen, Taeterow, Tempel, Theiß, Thiele, Ullenbaum, Vogtherr, Wartmann, Wassermann, Weber, Wengels, Wernicke, Wilke.

Es stimmten mit „Nein": Bartels, Baudach, Baudert, Bogs, Bell, Bertram, Birk, Blos, Bökert, Böhle, Brey, Breil, Brinkmann, Cartensen, Colditz, Daßbach, Dreesbach, Dreyer, Dubber, Eckermanns, Efflinge, Ewald, Faber, Feldmann, Fickert, Fleischer, Flöther, Förster,

17

B

Fritz, Frohme, Fülle, Galm, Geiger, Germer, Geyer, Glaser, Glocke, Göschl, Gottschalk, Greiner, Grosser, Häckel, Haug (Freiburg), Heinrich, Heinzel, Herbert, Herschel, Hildenbrand, Horn, Hug, Hülle, Jacobey, Kalkhorst, Kalnbach, Keiner, Klees, König, Konrad, Krause (Potsdam), Krüger, Kunert F., Kunert M., Lanke, Laisiepen, Leopold, Litzinger, Löwenstein, Magnus, May, Medzschke, Meist, Meister, Metzger, Misselhorn, Müller (Auerbach), Niedenhoff, Orbig, Paetzel, Pfitze, Recker, Reuter, Rienäcker, Rödiger, Röhring, Rüdt, Salomon, Säckler, Salzberg, Scheffler, Schlegel, Schmidt (Burgstädt), Schmidt (Torgelow), Schneider, Schüler, Schumann, Schütz, Schweer, Seifert, Sittig, Stabernack, Stamm, Starke, Steenfatt, Stegmann, Stolpe, Storch, Strunck, Stüven, Tietz, Tußauer, Urban, Vollmar, Weiland, Weirich, Wentzel, Wurm, Zaffke, Zetkin.

Thiele-Wurzen beantragt, die Wahl des Vorstandes bereits jetzt vorzunehmen, bringt eine Vorschlagsliste ein und ersucht den Parteitag, sofort eine Kommission für die Ermittelung des Abstimmungsergebnisses zu ernennen.

Es wird in der Berathung der Anträge fortgefahren.

Genossen in Königsberg i. Pr. beantragen: Zur Förderung der Agitation in den östlichen Provinzen, besonders Ost- und Westpreußen, wird ein Organ auf Kosten der Partei begründet.

Mit diesem Antrag zusammen werden diskutirt die Anträge

Hengsbach-Köln: Der Parteitag beschließt: zur Förderung der Agitation im Rheinlande, dem Hauptkampfplatz der Centrumspartei, wird der Partei-Vorstand beauftragt, den nöthig werdenden einmaligen Zuschuß zur Herstellung eines täglich erscheinenden Blattes in Köln an Stelle der dreimal wöchentlich erscheinenden „Rheinischen Zeitung" zu leisten. Ueber die Höhe der Summe tritt der Partei-Vorstand mit den Kölner Genossen in Berathung.

Hug-Meister: Die Neugründung von Zeitungen oder die Erweiterung bestehender von der Genehmigung der Parteileitung abhängig zu machen.

Lorenz-Königsberg: In ganz Ost- und Westpreußen, in Posen und Pommern haben wir kein einziges Lokal; die Presse bildet daher das einzige Agitationsmittel. Wir haben aber auch keine Provinzialpresse. In Halle wurde die Gründung eines Parteiblattes für Elsaß-Lothringen beschlossen. Im Osten aber liegen die Verhältnisse für uns viel trauriger als dort. Hier ist also viel eher ein Parteiorgan nothwendig. Die Gründung durch die Parteigenossen Königsbergs ist schon zweimal in Szene gesetzt worden, mit welchem Mißerfolge, das wissen Sie. Wir haben von der zweiten Gründung her noch an einer großen Schuldenlast zu tragen. Wir können das Unternehmen nicht schaffen; helfen Sie uns durch Annahme des Antrages.

B

Jochem-Danzig: Gewünscht wird ein Wochenblatt, welches die Verhältnisse der Provinz behandelt. Ob es in Königsberg, Danzig oder anderswo erscheinen, ob es in Berlin gedruckt wird, soll Nebensache sein. Die Subvention wird jedenfalls für ein Wochenblatt keine sehr hohe zu sein brauchen.

Taeterow-Berlin I: Die Gründung einfach auf Kosten der Partei zu unternehmen, geht nicht an. Eher würde es sich empfehlen, eine Art Kopfblatt in Berlin herzustellen, welches dann von den größeren Orten der Provinz ausgebaut werden könnte. Nachdem Sie das Zentral-Wochenblatt abgelehnt haben, müssen Sie wohl in die Ostprovinz, diesen Hort der Reaktion, energisch hineingreifen.

Meister: Jeder kleine Ort — ich verstehe das — möchte gern sein eigenes Organ haben. Viel wünschenswerther und praktischer aber ist es, daß, wenn der einzelne Ort oder Wahlkreis ein eigenes Blatt nicht erschwingen kann, dann ihrer zwei oder drei sich zusammenthun. Dann werden diese bedeutenden Preßzuschüsse wegfallen und das Geld kann zu anderen Zwecken verwendet werden. Daher verlangen wir, sowohl für Neugründungen wie Erweiterungen von Preßunternehmungen die Genehmigung der Parteileitung. Klees hat auf die Mangelhaftigkeit der „Neue Welt" hingewiesen. Ich gebe zu, daß da gewisse Wünsche geltend zu machen sind. Andererseits dürfen die Genossen auch von den Orten, welche Preßunterstützung erhalten haben, erwarten, daß die Gelder auch wirklich nützlich verwendet werden. Das geschieht in Magdeburg, welches einen bedeutenden Zuschuß gebraucht hat, nicht. Ich habe hier ein Exemplar als Probe davon, was die Magdeburgische „Volksstimme" mit unserm Gelde den Lesern bietet. Es ist ein fades Unterhaltungsblatt, das in Kasernen und Kasinos hinpassen möchte, aber nicht für unsere Genossen paßt. Würden solche Dinge aus den eigenen Mitteln der Orte bestritten, so könnte man vielleicht sagen, die Sache ginge uns garnichts an. Ich meine aber, wir haben auch dann mitzureden, wieviel mehr also, wenn es sich um Zuschüsse aus der Parteikasse handelt. Bei der Revision sagte uns der engere Vorstand, er habe sich den betreffenden Gesuchen gegenüber in einer Zwangslage befunden. Das wollen wir beseitigen, wir wollen ihm eine größere Verantwortung auferlegen, damit er solchen Dingen wie in Magdeburg durch die Ablehnung der Gesuche entgegentreten kann. Wenn nicht Remedur geschafft wird, sind wir nicht sicher, ob wir nicht 66 000 Mk. vergeuden. Im nächsten Jahre werden wir vielleicht 100 000 Mk. Zuschüsse zu leisten haben.

Auer: Der Antrag Meister erscheint mir absolut unannehmbar. Ich will nicht davon reden, daß damit die Aktionsfähigkeit der Parteigenossen und Parteigruppen beeinträchtigt würde in einer

B

über alles demokratische Maß hinausgehenden Weise, auch nicht davon, ob der Antrag mit den Grundsätzen der Preßfreiheit sich verträgt (Sehr richtig!); ich spreche als altes Mitglied der Parteileitung nur aus rein praktischen Erwägungen dagegen, weil ich die Erfahrung gemacht habe, daß es rein unmöglich ist, einen solchen Beschluß durchzuführen. In der Organisation, wie sie 1875 von der Partei in Gotha beschlossen wurde, besagt § 18: „Zur Begründung von lokalen Parteiblättern ist die Zustimmung des Vorstandes, der Kontrolkommission und des Ausschusses, welchen über die bezüglichen örtlichen Verhältnisse rechtzeitig und ausführlich berichtet werden muß, erforderlich". Das ist praktisch nie durchführbar gewesen und praktisch nie gehandhabt worden. Wer sich des Näheren darüber orientiren will, braucht nur das Hallenser Protokoll nachzulesen. Es geht einfach nicht, wir haben dafür gar keine Exekutive. Wäre Meister ausführendes Vorstandsorgan, er würde in ganz kurzer Zeit sich überzeugen, daß auch er nicht im Stande ist, das durchzuführen. So sind die Genossen eben nicht, daß sie sich absolut von oben herunter wie Drahtpuppen dirigiren lassen. — Auch den Kölner Antrag bitte ich abzulehnen. Die Summe, welche sich aus der Abrechnung als Unterstützung für die Parteipresse ergiebt, beweist, daß die bisherige Parteileitung den Werth der Presse durchaus zu schätzen weiß und zur Unterstützung derselben stets geneigt gewesen ist; aber so gewissermaßen von Partei wegen die Verpflichtung zu übernehmen, das Defizit zu decken, wenn das Blatt in Köln künftig täglich erscheint, diese Extrawurst können wir den Kölnern nicht braten. (Heiterkeit.) Mit demselben Recht könnten alle anderen nicht täglichen Blätter dasselbe verlangen. Die Verhältnisse in Königsberg liegen allerdings ganz außergewöhnlich; aber auch hier möchte ich Sie bitten, die künftige Parteileitung nicht durch die Annahme des Antrages zu binden. Die Lage der Dinge dort muß genau erwogen werden, es wird sich auch ein Ausweg finden lassen. Der Vorstand ist nicht abgeneigt, mit den Genossen daselbst ein Arrangement zu treffen, wobei sie zu ihrem Recht kommen und die Partei keine Schädigung erfährt.

Es läuft noch ein Antrag Spaar-Darmstadt ein, der „Hessischen Volksstimme" eine Unterstützung zu gewähren, der indeß nicht genügend unterstützt wird.

Slomke: Ueber den Antrag Königsberg, der die ganze Provinz Ostpreußen mitbetrifft, muß doch wohl eingehender verhandelt werden. Der Boden dort ist sehr günstig, an Abonnenten würde es nicht fehlen, wenn der Preis mäßig gestellt wird. Auer schafft aber mit seiner Anregung, die Angelegenheit dem Vorstande zu übergeben, nichts Positives, wenn diese Form auch ein sehr anständiges Begräbniß ist. Ein Berliner Blatt dorthin schicken nützt nichts, dann können die speziellen Orts- und Provinzverhältnisse

B

nicht genügend berücksichtigt werden. Es müßte in Königsberg, und zwar als Wochenblatt erscheinen. Die Mitarbeiter aus diesen Orten würden sich auch schon finden. Allerdings können wir nicht unbeschränkte Mittel für die Presse auswerfen; aber der Boden in Ost- und Westpreußen ist für die Partei- und Gewerkschaftsorganisation nach geradezu jammervoll beschaffen.

Ein von Dreyer beantragter, von Hengsbach bekämpfter Schlußantrag wird angenommen.

Der Antrag Königsberg wird in der Abstimmung angenommen, die Anträge Hengsbach u. Meister-Hug abgelehnt.

Singer: Wir können in diesem Lokale heute nur bis 6 Uhr tagen. Der Parteitag hat sich darüber schlüssig zu machen, ob er geneigt ist, zu diesem Termin seine Verhandlungen zu schließen, oder ob er den Willen hat, am Montag weiter zu tagen. Es ist selbstverständlich, daß, wenn die Entscheidung im letzteren Sinne ausfällt, die daraus entstehenden Unkosten auf die Parteikasse übernommen werden müssen.

Nach längerer Debatte, in deren Verlauf auch festgestellt wurde, daß 32 Delegirte am Montag nicht mehr anwesend sein können, wird mit großer Mehrheit beschlossen, die Verhandlungen am Montag fortzusetzen.

Schluß 1¼ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Nach 2¼ Uhr wird die Sitzung vom Vorsitzenden Gottlieb eröffnet.

Aus dem Auslande liegt ein Gruß vor an den Parteitag von der Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Partei der Schweiz, desgleichen vom sozialistischen Studenten- und Lehrerverein Hollands und von dem Verein der russischen revolutionären Sozialisten in Paris.

Bezüglich der Wahl des Partei-Vorstandes und der Kontroleure wird gemäß dem Vorschlage des Vorsitzenden beschlossen, daß Vorschläge für dieselben bis 3½ Uhr auf dem Bureau einzureichen sind, daß nach Ablauf dieser Zeit die Vorschlagsliste gedruckt und sofort vertheilt werden soll, damit auch diejenigen Delegirten, welche heute noch Berlin verlassen müssen, noch vor Schluß der heutigen Sitzung ihren Stimmzettel abgeben können.

Zur Geschäftsordnung will Mittag-Halle einen Artikel der Halberstädter „Sonntagszeitung" zur Kenntniß des Parteitages bringen. Der Vorsitzende erklärt dies für unzulässig.

Es wird in der Tagesordnung:

Erledigung der noch ausstehenden Anträge

fortgefahren.

B

Hengsbach-Köln wünscht im Protokoll vermerkt zu sehen, daß er durch den Schluß der Debatte verhindert worden ist, seinen Antrag zu begründen.

Der Parteitag setzt dem einen Widerspruch nicht entgegen.

Zur Verhandlung gelangen nunmehr die die „Neue Welt" betreffenden, unter „Vorlagen an den Parteitag" aufgeführten Anträge der Genossen in Elberfeld (S. 16) und des VI. Berliner Wahlkreises (S. 18).

Ullenbaum-Elberfeld: Auch der Vorstand hat bei Erstattung des Geschäftsberichts erklärt, daß Gestalt und Inhalt der „Neuen Welt" durchaus nicht den Wünschen der Parteigenossen gerecht wird. Ich bin nicht der Meinung, daß geeignete Redaktionskräfte nicht zu finden sind. Statt zwei lange Romane und Erklärungen von Illustrationen und weiter nichts zu bringen, sollte man lieber den kleineren Aufsätzen mehr Beachtung zuwenden, die zugleich unterhaltend und belehrend sind. Das Blatt soll doch auch ein Unterhaltungsblatt sein. Was die Illustrationen betrifft, so hat einmal die „Kölnische Volkszeitung" geschrieben, die „Neue Welt" kaufe alte Klichés auf und klatsche sie ab. Ein Kliché ist darunter, welches schon 8 Tage vorher in einem sächsischen Blatte enthalten gewesen war. Für den Preis, den wir zahlen müssen, könnte auch ganz anderes Papier und auch ein ganz anderes Format geliefert werden. Hier muß der Partei-Vorstand eingreifen und zwar bald, sonst dürften Viele von der „Neuen Welt" abspringen und ihre alten „Sonntagserzähler" und dergl. wieder einführen.

Antrick-Berlin: Der eine lange Roman in der „Neuen Welt": „Was thun?" ist ja sehr gut, aber nach meiner Ansicht absolut ungeeignet für unsre Leser. Der andre Roman: „Die Mittagsgöttin" läuft direkt auf Spiritismus hinaus; die Parteigenossen verstehen nicht, was da irgend ein Philosoph in Friedrichshagen sich ausdenkt. Die Illustrationen sind einer Zeitung, wie diese sein soll, geradezu unwürdig. Wir haben eine ganze Anzahl junger Genossen, die als Maler sehr Tüchtiges leisten, und es wäre doch eine der vornehmsten Aufgaben für dieses Blatt, solche Motive zur Anschauung zu bringen, welche darstellen, was wir in Wort und Schrift den Leuten predigen.

Kiesel-Berlin schließt sich Antrick an.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden gewährt der Parteitag dem Redakteur Baake und dem Geschäftsführer der Hamburger Druckerei Bérard das Wort zur Entgegnung.

Redakteur Baake: Ich gebe ohne Weiteres zu, daß die gegen die „Neue Welt" gemachten Angriffe zum großen Theil berechtigt sind. Ich ergreife das Wort zur Vertheidigung nur deßhalb, weil ich mich bemühen will, Ihnen die Gründe auseinanderzusetzen, weßhalb die „Neue Welt" bisher nicht mehr hat leisten können.

Jeden Vergleich mit der alten „Neuen Welt" bitte ich bei Seite zu lassen. Die alte „Neue Welt" ist keine Zeitungsbeilage gewesen, sondern ein selbständiges Unterhaltungsblatt, sie war viel größer und viel besser ausgestattet als die jetzige. Diese soll eine Unterhaltungsbeilage sein, die mit den von der Bourgeoisie vertriebenen konkurriren kann. Diese Beilagen sind außerordentlich billig. Das Budget der „Neuen Welt" war von vorn herein äußerst beschränkt; es war zuerst so gedacht, daß für die Mitarbeiter nicht mehr ausgegeben werden sollte als 50 Mark für die Nummer. Darnach entfällt auf die Spalte Text 4 bis 5 Mark. Für diesen Preis ist es unmöglich, Originalarbeiten anzuschaffen. In Folge dessen bin ich darauf angewiesen, unter den vorhandenen bereits gedruckten Romanen zu wählen. Nun fehlt es uns vorläufig noch an jeder sozialistischen Romanliteratur, oder vielmehr, soweit sie vorhanden ist, wird sie von den Parteiblättern nachgedruckt. Man mußte also nach neuen suchen. Ich habe mich sehr fleißig umgesehen, aber wirklich Gutes nicht gefunden. Das ist ja auch deßwegen so schwer, weil an das Blatt die verschiedensten Anforderungen gestellt werden. Dazu kommt, daß die „Neue Welt" den Parteiblättern in Berlin, wie an den entlegensten Orten beigelegt wird, daß also die Bedürfnisse der Vorgeschrittensten und der Zurückgebliebensten befriedigt werden sollen. Sie soll gleichzeitig auch der Agitation dienen, sich an die fernstehenden aufzuklärenden Kreise wenden. Das Blatt hatte also gar keinen festen Boden unter den Füßen, es war beständig zu Kompromissen genöthigt, und diese konnten hüben und drüben nicht befriedigen.

Auch die Verhältnisse waren außerordentlich ungünstige. Als ich die Redaktion übernahm, stand mir nur noch ein Monat zu Gebote, um 26 Nummern fest zu stellen, weil ich 4 Monate Gefängniß zu verbüßen hatte. Während 4 Monate war also kein Redakteur für die „Neue Welt" vorhanden. Im Gefängniß ist die Auswahl der Romane außerordentlich beschränkt. (Große Heiterkeit.) Ich hatte endlich zwei Romane gefunden, von denen ich glaubte, sie könnten gebracht werden; da zeigte sich, daß sie schon früher in dem von Dietz redigirten „Gesellschafter" abgedruckt waren. Da mußte nun außerordentlich rasch eine andere Wahl getroffen werden, und ich nahm die „Mittagsgöttin." Antrick behauptet, dieser Roman laufe auf Spiritismus hinaus. Er hätte doch mit seinem Urtheile warten sollen, bis der Roman fertig vorliegt; es ist kein spiritistischer, sondern ein antispiritistischer Roman. Die Tendenz des Romans ist durchaus rationalistisch. Ich nahm ihn, weil ich gerade von ihm erwartete, daß er meine Leser spannen würde. Ullenbaum will mehr Abwechselung in dem Blatte haben. Das soll geschehen; aber was einmal angefangen war, mußte zu Ende geführt werden. Die Uebersetzung von „Was thun?", welche

ich im Januar haben sollte, erhielt ich erst im August. Ich konnte nicht so viel kürzen, als ich wollte. Ein neuer Roman mußte begonnen werden, in Folge dessen drückten sich die beiden Romane und es konnte nichts Anderes in das Blatt hinein. Was soll man denn auch in 8 Seiten alles hineinstecken? Sowie im neuen Jahr ein neuer Roman begonnen wird, kann und soll eine Aenderung eintreten. Ich will an die Stelle langer Auseinandersetzungen kurze Notizen treten lassen über die Fortschritte der Wissenschaft, Geschichten, Anekdoten unterrichtenden Charakters und ähnliches Material; aber ich muß eben hier um Geduld und um Zeit bitten, um einmal zu versuchen, innerhalb des beschränkten Raumes überhaupt etwas zu leisten. Was die alten Klichees betrifft, so liegt die Aufklärung sehr nahe. Wenn man überhaupt nicht mehr zur Verfügung hat, als für jede Nummer 50 Mark für das Bild, dann kann man keine Originale, auch keine Klichees nach bekannten Gemälden anfertigen lassen. Die bürgerlichen Blätter legen dafür ganz andere Summen an. „Schorer's Familienblatt" rühmte sich einmal, im Jahre 1885 für Illustrationen 80 000 Mark ausgegeben zu haben. Wir mußten also auf alte Klichees zurückgreifen, und wenn einmal eines verwendet worden ist, das schon vorher in einem sächsischen Blatt stand, so ist das Pech, Unglück, aber dafür kann der Redakteur nicht. Ueber das Papier wird der Drucker Mittheilung machen. Bis jetzt hat das Blatt sich gerade gedeckt und Ueberschüsse nicht gebracht. Für die jungen Künstler, die Antrick sehr mit Recht unterstützen will, ist in dem Budget das Geld einfach nicht vorhanden, ebensowenig für die Xylographen. Unter diesen Umständen konnte die „Neue Welt" kaum anders sein, als sie geworden ist. Daß sie so geworden ist, bedauere ich; es liegt aber nicht an der Redaktion, sondern an dem geringen Budget, an ihrer Eigenschaft als Wochenbeilage und an dem außerordentlichen Mangel an geeignetem Romanmaterial.

Nach einem Antrage Reinhardt's soll in Zukunft die „Neue Welt" aus 16 Seiten bestehen, die Unterstützung für den Antrag reicht nicht aus.

Bérard: Was das Papier betrifft, so darf die alte „Neue Welt" nicht zum Vergleich herangezogen werden. Die beiden Blätter haben nichts gemein als den Namen. Mit den Mitteln, die uns heute zur Verfügung gestellt sind, können wir das heute nicht leisten. Die Druckerei hat ja 54 000 Mark Ueberschuß und wird im nächsten Jahre hoffentlich noch viel mehr haben. Diese Ueberschüsse sind ja sehr erfreulich, werden aber ganz nöthig für unsere anderen Zwecke gebraucht. Wir mußten also darauf bedacht sein, wollten wir nicht eines Tags vor einem Defizit stehen, den Preis entsprechend festzusetzen, da wir andererseits auch das Blatt so billig abgeben sollen, daß es den kleinen Blätteen als Beigabe möglich

war. So sind wir denn nach wiederholter Berechnung auf 11 Mark gekommen. Ich versichere den Parteigenossen, daß ein anderes Papier bei dem Preise nicht zu erlangen ist. Ich möchte ja selbst gern besseres verwenden, aber dann müssen Sie sich entschließen, etwas mehr zu zahlen. Früher kostete es noch viel mehr. Die besser situirten Blätter mußten 25 Mark per 1000, die kleineren Blätter 15 Mark zahlen. Wenn Sie 15 Mark zahlen wollten, könnten wir auch besseres Papier nehmen. Die Beilagen für 8 Mark das Tausend sind auch danach; einerseits enthalten sie meist kleinere Sachen, andererseits werden darin Dinge verherrlicht, womit wir nicht einverstanden sind. Daß Ueberschüsse gemacht werden, ist nicht nöthig, aber ebenso wenig, daß mit Unterbilanz gearbeitet wird. Trotz der großen Auflage kommen blos eben die Kosten heraus. Auch ich würde es ja lieber sehen, wenn wir mehr thun können, aber unter den gegebenen Verhältnissen können wir das nicht.

Grünberg-Hartha: Die Preßkommission bei uns hat sich schon mit der Frage beschäftigt, die „Neue Welt" eventuell überhaupt nicht mehr zu beziehen. Daß gute Romane schwer zu bekommen sind, glaube ich nicht. Ich weise nur auf den Roman: „Die Waffen nieder" hin, der überall sehr gutes Verständniß gefunden hat.

Bebel: Ich ergreife das Wort nur, um durch meine Bemerkung zu konstatiren, daß auch der Partei-Vorstand keineswegs der Frage gleichgiltig gegenübersteht, vielmehr sich schon oft damit beschäftigt hat. Ihm sind alle die Fehler und Mängel des Blattes genau so bekannt wie Ihnen. Die bestehenden mißlichen Verhältnisse sind namentlich nach der finanziellen Seite nicht ohne Weiteres zu beseitigen, wenn nicht ganz bedeutende Zuschüsse bewilligt werden. Es kann nicht davon die Rede sein, den Parteiblättern noch größere Ausgaben zuzumuthen, im Gegentheil ist im Vorstande ernsthaft erwogen worden, den Preis herabzusetzen, selbst wenn dann ein kleines Defizit entstünde. Andererseits ist auch der Redaktion bereits erklärt worden, daß wir bereit sind, für Bilder und Beiträge höhere Preise zu gewähren als gegenwärtig. Der Roman „Die Waffen nieder" ist ein alter Roman, der allerdings zu denen gehört, die einmal durchschlagen und unserem Publikum blos deshalb nicht bekannt geworden, weil er außerordentlich theuer ist. Wir sind nur durch die Güte der Verfasserin in die Lage gekommen, ihn abdrucken zu dürfen, indem wir den Preis, den wir sonst für einen Roman zahlen können, als Beitrag für die Kasse der Friedensliga gezahlt haben, weil wir ihn nicht geschenkt haben wollten. Ob ein anderer Roman denselben Beifall findet, ist sehr zweifelhaft. Gute Romane sind außerordentlich selten und müssen kolossal bezahlt werden. Wir können wohl 800—1000 Mark, aber nicht 5000 bis 10000 Mark für einen Roman bezahlen. Wegen der

Bilder wird sich ja Baake Mühe geben und bei der Auswahl sorgfältiger sein. Zur Verwirklichung der Idee von Antrick ist ein ganz anderes Budget erforderlich, als die „Neue Welt" haben kann. Der Vorschlag Antricks würde darauf hinauslaufen, eine Konkurrenz auszuschreiben. Das würde das Budget total umwerfen und ein Defizit erzeugen, welches nicht einmal die Parteikasse zu zahlen in der Lage ist. Ich bitte den Elberfelder Antrag anzunehmen und den der Berliner abzulehnen, die ein ganz anderes Blatt wollen.

Hülle-Erfurt: Wenn das Budget der „Neuen Welt" nicht hoch genug ist, dann muß man es erhöhen, und wenn dieselbe Verlagsanstalt, welche die „Neue Welt" herausgiebt, am „Echo" 50 000 M. Ueberschuß erzielt, so kann sie sehr wohl einen Theil davon der „Neuen Welt" zuwenden. Die Illustrationen waren namentlich in der ersten Zeit geradezu schauderhaft. In Erfurt war Anfangs davon die Rede, die „Neue Welt" obligatorisch allen Parteiblättern gegen Erhöhung des Preises beizulegen. Jetzt danken wir sammt und sonders, daß das nicht eingetreten ist. In der ersten Zeit ist doch bei einem neuen Artikel auf Verdienst nicht zu rechnen, erst die bessere Leistung ergiebt eine vermehrte Einnahme und das Defizit schwindet allmälig.

Die Debatte wird geschlossen.

Der Antrag Elberfeld wird angenommen, damit sind die übrigen Anträge erledigt.

Der Antrag der Genossen in Bremen: „Herausgabe einer wirksamen, den Kenntnissen und dem Fassungsvermögen der Arbeiterjugend angepaßten Jugendliteratur",

wird ohne Debatte nach Probe und Gegenprobe angenommen.

Zur Berathung gelangen die Anträge bezüglich der Broschürenliteratur, und zwar zur gemeinsamen Diskussion, die unter „Vorlagen an den Parteitag" aufgeführten Anträge: Genossen in Elberfeld und im 1. Anhaltischen Wahlkreis (S. 16); Genossen in Frankfurt a. M. (S. 16/17); Parteigenossen in Metz (S. 18); Parteigenossen des VI. Berliner Reichstagswahlkreises, letzter Absatz (S. 18); Parteigenossen in Düsseldorf und V. Sächsischer Wahlkreis, erster Absatz (S. 18/19), sowie der neu eingelaufene Antrag der Genossen von Dortmund: „Aeltere, für die Parteigeschichte wichtige Schriften, wie z. B. Kongreßprotokolle, welche vergriffen sind, nach und nach in Neuauflage erscheinen zu lassen, da es jüngeren Genossen ohne deren Kenntniß unmöglich gemacht wird, sich eine selbständige Ansicht über die Entwickelung unserer Partei zu bilden."

Ein gleichfalls hierher gehöriger Antrag von Genossen von Rinteln a. d. W. und Exten (Seite 17) wird nicht genügend unterstützt.

B

Wurm-Hannover: In Hannover haben wir einen neuen Gedanken auszuführen unternommen. Wir gehen davon aus, daß es bei den Massen, welche uns noch nicht kennen und welche für ihre literarische Kost niemals Geld ausgeben, durchaus verkehrt wäre, Broschüren verkaufen zu wollen; man muß ihnen, was sie lesen sollen, umsonst in die Hand geben, es darf aber auch nicht zu umfangreich sein. Andererseits muß in Anknüpfung an die Tagesereignisse, an aktuelle Fragen, das Interesse zu wecken versucht werden. Wir werden daher vom 1. Januar ab eine durchaus populär, aus einem Guß geschriebene neue Zeitung in Oktavformat im Umfang von etwa 8 Seiten alle 4 Wochen erscheinen lassen, die „Rundschau" heißen und von den verschiedenen Städten, den Mittelpunkten der Agitation, auf deren Kosten bezogen wird, um von dort aus aufs Land hinaus umsonst vertheilt zu werden. Ich bin dabei vollständig gegen Zentralisation. Die Flugblätter müssen sich nach den Provinzen richten, sie müssen an die lokalen Verhältnisse anknüpfen, nicht blos allgemein über Programmpunkte sich verbreiten. Der Hinweis auf dem Titel, auf das monatliche Erscheinen wird denen, die das Blatt in die Hand bekommen, soviel Interesse einflößen, daß sie auch um die Erlangung der nächsten Nummer sich bekümmern. Ich empfehle diese Anregung dem Parteitage zur Beachtung.

Sittig-Hannover empfiehlt den Antrag der Berliner, die Bracke'sche Brochüre betreffend, zur Annahme, wünscht aber nicht nur, wie dieser Antrag, eine Korrektur der Zahlenangaben, sondern eine völlige zeitgemäße Umarbeitung. Er bringt ein dahingehendes Amendement ein.

Heinrich-Altona: Dem Antrage Elberfeld kann ich in seinem ersten Theile zustimmen. Obgleich in Schleswig-Holstein die Parteiverhältnisse günstiger sind, so steht uns doch immerhin in zahlreichen Orten kein Lokal zur Verfügung und es muß daher soviel als möglich die Schriftenverbreitung betrieben werden. Einheitliche Broschüren für ganz Deutschland erscheinen uns nicht praktisch. Diese Frage und diejenige der Verbreitung sollten auf den Provinzial-Konferenzen zur Erörterung gestellt werden. Der Vorstand sollte nur angegangen werden, wenn die Aufbringung der Kosten Schwierigkeiten macht. Für den Antrag Frankfurt kann ich mich nicht erwärmen. Auf dem von Wurm empfohlenen Wege sind wir auch unsererseits bereits vorgegangen. Was den Antrag der Metzer betrifft, möchte ich den Antragstellern anheimgeben, die Frage dem Vorstande zur Erwägung zu überweisen, ebenso die übrigen vorliegenden Anträge, von denen namentlich der Dortmunder sehr empfehlenswerth ist.

Kayser-Metz: Wir leben in Metz in einer Militär- und Waffenstadt mit zur Hälfte französischer Bevölkerung. Deßhalb

B

haben wir den Antrag gestellt. Wir wären auch schon zufrieden, wenn wir nur genügend französische Schriften hätten. Wenn wir uns auf die dortigen Deutschen verlassen wollen, können wir nicht weit kommen.

Bebel: Der Inhalt des Antrags Elberfeld ist thatsächlich bereits durch die gegenwärtige Verwaltung der Partei erledigt. Wir haben im Laufe des Sommers eine Reihe Flugblätter drucken und gratis vertheilen lassen, wo man es gewünscht hat. Ich möchte bitten, diese Anträge dem Vorstand zur Berücksichtigung zu überweisen, anstatt hier möglicherweise Beschlüsse zu fassen, die nachher unausführbar sind. Den Antrag Frankfurt bitte ich abzulehnen. Die Broschüre ist ja vorhanden, nur der parteipolitische Ueberblick fehlt. Wenn wir den aber noch hinzufügen sollen, so möchte das ein dickes und für Massenverbreitung zu theures Buch werden. Mit dem Antrag Heinrich auf Ueberweisung des Metzer Antrages an den Vorstand zur Erwägung bin ich durchaus einverstanden. Die Anträge Düsseldorf und V. Sachsen sind unannehmbar. Welche Broschüren sind denn nicht zur Massenverbreitung bestimmt? Die Broschüren hätten angeführt werden müssen. Wenn wir ferner die ganze Broschürenliteratur zum Selbstkostenpreise abgeben wollten, dann würden wir bald ein bedeutendes Defizit haben, da doch bei vielen die Bezahlung schließlich ausbleibt. Was ist ferner unter den „besseren" Büchern zu verstehen, die nicht mit indirekten Steuern u. s. w. belegt werden dürfen? Sind damit auch das „Kapital" von Marx und Engel's Schriften gemeint? Das kann der Partei-Vorstand nicht. Zuletzt heißt es im Düsseldorfer Antrag: Auch „müssen" in kürzester Zeit einige für die Landbevölkerung berechnete Agitationsbroschüren herausgegeben werden. Seit zwei Jahren bemühen wir uns unausgesetzt, passende Agitationsschriften für die Landbevölkerung zu bekommen. Wir haben eine Anzahl Schriftsteller gefunden, welche bereit waren, darüber zu schreiben; sind aber nachher im Stiche gelassen worden, obgleich wir beste Bezahlung in Aussicht stellten, und so sind wir bis heute nicht in der Lage gewesen, das Material zu beschaffen. Ebenso würde es gehen, wenn Sie den Düsseldorfer Antrag zum Beschluß erheben. Was an diesem Antrag ausführbar ist, ist schon durch frühere Anträge erledigt.

Augustin bittet um Annahme des Antrages von Berlin VI, da das Bedürfniß nach Schriften, welche die Arbeiter auch begreifen können, in sehr starkem Maße vorhanden sei.

Diederich: Auch die Verhandlungen des gegenwärtigen Parteitages haben gezeigt, daß eine Anzahl von Genossen nicht im Stande ist, die alte Parteigeschichte genügend zu übersehen. Auer hat das erst gestern in seiner Rede nachgewiesen Die im „Vorwärts" angezeigte Liste der Kongreß-Protokolle läßt die Protokolle der 70er

Jahre und vor allem das des Gothaer Einigungs-Kongresses von 1875 vermissen. Immerfort wird es erwähnt, aber kaum einer der Jüngeren hat es gelesen.

Flöther: Die Ausarbeitung der Flugblätter sollte den Provinzialparteitagen überlassen werden. Die Hauptsache aber ist die Gratisvertheilung; soll die Broschüre oder das Flugblatt etwas kosten, so nimmt sie der Landbewohner nicht an. Offen muß ausgesprochen werden, daß die Schoenlank'sche Broschüre nichts für den Landmann ist; sie ist nicht populär geschrieben.

Ein von fünf Seiten gestellter Schlußantrag wird angenommen. In der Abstimmung wird der Antrag Frankfurt abgelehnt, der Antrag Berlin VI wegen der Bracke'schen Broschüre mit der von Sittig beantragten Aenderung angenommen. Die übrigen Anträge werden gemäß dem Antrage Heinrich dem Vorstande zur Erwägung überwiesen.

Es folgt der Antrag der Genossen im 1. Anhaltischen Wahlkreis: Ueber die grundsätzliche Gegnerschaft der Sozialdemokratie zum Militarismus in allernächster Zeit ein Flugblatt herauszugeben.

Die Diskussion wird verbunden mit derjenigen des folgenden, von Meist-Köln namens der Genossen in Lennep-Remscheid gestellten Antrags:

„In Anbetracht der Wichtigkeit und des allgemeinen Interesses, welches die Militärvorlage in den weitesten Kreisen des deutschen Reiches erregt, ein bezügliches Flugblatt auf Kosten der Gesammtpartei herstellen und in allen Wahlkreisen verbreiten zu lassen.

Der Antrag Meist wird nach Befürwortung durch Eckermanns-Rathenow angenommen. Damit erledigt sich der Antrag 1. Anhalt.

Mangels genügender Unterstützung kommen nicht zur Verhandlung die unter „Vorlagen an den Parteitag" auf Seite 17 aufgeführten Anträge der Genossen im 1. Anhaltischen Wahlkreise, Absatz 2, der Genossen in Magdeburg, Apolda, Solingen, Franc-Berlin und Martini-Tempelhof (S. 18).

Der Antrag Hülle und Genossen:

„Den Expeditionen unserer Presse ist nicht gestattet, Annoncen in der Parteipresse aufzunehmen, die zum Besuch geboykotteter Lokale auffordern",

wird namens der Antragsteller von Storch-Randow-Greifenhagen befürwortet, ebenso von Frohme in der Einschränkung, daß er nur auf die von der Gesammtvertretung der Arbeiter beschlossenen Boykotts Anwendung finden könne.

Die Solinger Resolution („Vorlagen an den Parteitag" S. 17) wird von Schumann und Hülle wieder aufgenommen; die Unterstützung reicht jetzt aus, die Resolution steht mit zur Debatte.

Schumann-Bielefeld: In der Solinger Resolution liegt sehr viel berechtigtes. Namentlich den letzten Satz derselben pflichte ich vollständig bei. Eine würdigere und passendere Haltung sollte unsere Parteipresse beobachten. Ueber die „Halberstädter Sonntags-Zeitung" haben wir große Ursache uns zu beklagen. Ich möchte Ihnen einen Bericht über unsern Parteitag daraus zur Kenntniß bringen. (Redner beginnt mit der Verlesung, wird aber vom Vorsitzenden unterbrochen, weil es sich hier bloß um den Inseratentheil handle. Redner protestirt gegen diese Stellungnahme und konstatirt daß der betreffende Bericht von dem Abg. Heine verfaßt ist.)

Thiele-Wurzen: Der Wortlaut des Solinger Antrags in seinem letzten Satze sei insofern bedenklich, als er voraussetze, daß die Haltung der Parteipresse jetzt nicht würdig, nicht passend sei; ein solches allgemeines Urtheil werde doch Niemand fällen wollen.

Konrad-Mainz: Der Tadel gegen die „Mainzer Volkszeitung" in der Solinger Resolution erfordert eine Richtigstellung. Unser Parteiorgan hat mit dem Bürgermeisteramt einen Vertrag, wonach wir für die Aufnahme der amtlichen Anzeigen jährlich 500 Mk. bekommen, während wir sie früher im Interesse unserer Leser eben doch, aber umsonst publiziren mußten. Zur Aufnahme dieser amtlichen Anzeigen sind wir vertragsmäßig verpflichtet und die in Frage kommende Anzeige war eben eine solche amtliche Bekanntmachung.

Diederich-Dortmund: Es ist allerdings sehr schwer, in Bezug auf das Reklamewesen die richtige Grenze zu ziehen, aber gewisse Dinge könnten doch unterbleiben. Die „Fränkische Tagespost" z. B. bringt quer über das ganze Blatt eine Reklame für einen Bazar zum Besten der Christuskirche! Solchem Unfug läßt sich durch die Annahme der Solinger Resolution ein Riegel vorschieben.

R. Fischer-Berlin: Die Solinger Resolution behauptet, daß namentlich auch vom „Vorwärts" in Bezug auf Reklamen und Lotterieanzeigen das Prinzip in gröblichster Weise verletzt worden sei. Im „Vorwärts" ist innerhalb der letzten zwei Jahre, also seit seinem Bestehen überhaupt noch keine Lotterie-Annonce erschienen, ebensowenig irgend eine Reklamenotiz. Die Gewinnlisten freilich haben wir gebracht, und die Abonnenten würden nicht schlecht räsonniren, wenn der „Vorwärts" sie nicht in den Besitz der Gewinnlisten setzte.

Schweer-Hamburg: In einer vor einigen Wochen in Hamburg behufs Stellungnahme gegen das Lotterieannoncenwesen abgehaltenen Versammlung stellte sich heraus, daß wir zwar im Prinzip Gegner des Lotteriespiels sind; solange aber die Genossen selbst noch spielen, liegt auch ein Bedürfniß zur Veröffentlichung der Gewinnlisten vor. Es sollte aber gegen das Lotterieunwesen agitatorisch vorgegangen werden.

Klüß-Elmshorn: Wenn uns gesagt wird, daß die Annonce vom Kaiserfestessen kraft Vertrages in die „Mainzer Volkszeitung" Aufnahme finden mußte, so bin ich der Meinung, daß eine derartige Annonce unter keinen Umständen in einem Parteiblatt Aufnahme finden darf. Ist der Vertrag noch nicht abgelaufen, so soll man den Ablauf möglichst beschleunigen.

In der Abstimmung wird der Antrag Hülle u. Gen. und von der Solinger Resolution der Satz betr. die „Mainzer Volksztg." mit großer Mehrheit angenommen. Die übrigen Theile der Resolution werden abgelehnt.

Ueber den von Schumann-Bielefeld eingebrachten Antrag, der Parteitag solle seine Mißbilligung aussprechen über den in der Halberstädter „Sonntagszeitung" veröffentlichten Parteitagbericht, wird auf Antrag Frohme Uebergang zur Tagesordnung beschlossen.

Zunächst werden die weiteren Formalien für Punkt 12: **Wahl der Parteileitung** festgestellt. Vor dem Eintritt in die Wahl ist darüber Beschluß zu fassen, wo der Parteivorstand seinen Sitz haben soll. Ohne Widerspruch wird einstimmig wiederum Berlin als Sitz des Partei-Vorstandes bestimmt.

Bezüglich der Zusammensetzung des Partei-Vorstandes liegt ein Antrag Drescher-Berndt vor, an Stelle der bisherigen 2 Parteisekretäre deren 3 einzusetzen. Da dieser Antrag auf eine Aenderung der Organisation hinausläuft, bedarf er, um zur Verhandlung zu kommen, der Unterstützung von drei Vierteln der Anwesenden. Er erlangt diese Unterstützung nicht und wird damit hinfällig.

Die Vorschlagsliste ist inzwischen gedruckt und vertheilt worden. Meist-Köln, der mit als Kassirer, Stadthagen-Berlin, der mit als Sekretär, Bueb, Feldmann und Vollmar, die mit als Kontrolleure vorgeschlagen sind, bitten um Streichung von der Liste, da sie eine etwaige Wahl nicht annehmen könnten.

Wegen ungenügender Unterstützung scheiden aus der Verhandlung ferner aus die S. 18 unter Vorlagen an den Parteitag aufgeführten Anträge: Sauermann-Charlottenburg, Parteigenossen des VI. Berliner Reichstagswahlkreises Ziffer 2 und 3, Parteigenossen in Düsseldorf und VI. Sächsischen Wahlkreise, zweiter Absatz (S. 19) sowie der Antrag der Dortmunder Genossen:

„Die Reichstagsberichte des „Vorwärts" im Separatdruck erscheinen zu lassen und zu einem mäßigen Abonnementspreise abzugeben".

Der Antrag von Parteigenossen in Hanau und Fermersleben:

„Zur wirksamen Agitation auf dem Lande von Zeit zu Zeit Flugblätter oder Broschüren gratis zu verbreiten, die für rein ländliche Verhältnisse geschrieben und leicht faßbar sind. Dieselben sollen von der Parteileitung den einzelnen Kreisen möglichst billig abgegeben werden",

wird ohne Debatte nach Probe und Gegenprobe angenommen.